

Ergebnisse der Sondierungsgespräche von CDU, CSU und SPD

12.01.2018

1 Präambel

2
3 Wir erleben neue politische Zeiten mit vielfältigen Herausforderungen für Deutschland
4 – sowohl international als auch national. Deutschland ist weltweit ein anerkannter Part-
5 ner. Die Wirtschaft boomt, noch nie waren so viele Menschen in Arbeit und Beschäfti-
6 gung. Das ist auch Ergebnis der Regierungszusammenarbeit von CDU, CSU und
7 SPD.

8 Das Wahlergebnis zeigt aber auch, dass viele Menschen unzufrieden waren. Daraus
9 werden wir die entsprechenden Schlüsse ziehen. Wir wollen sichern, was gut ist, aber
10 gleichzeitig den Mut zur Erneuerung und Veränderung beweisen.

11 Wir werden die Probleme anpacken, die die Menschen in ihrem Alltag bewegen, und
12 uns mutige Ziele für die nächsten vier Jahre setzen. Wir werden für Stabilität und Zu-
13 sammenhalt ebenso wie für Erneuerung und Sicherheit in unserem Land arbeiten.

14 Die großen Fragen unserer Zeit wollen wir entschlossen lösen. Wir wollen:

- 15 • einen neuen europapolitischen Aufbruch,
- 16 • den sozialen Zusammenhalt in unserem Land stärken und die entstandenen
17 Spaltungen überwinden,
- 18 • unsere Demokratie beleben,
- 19 • dass die Menschen bei uns die vielfältigsten Chancen nutzen und in Sicher-
20 heit leben können,
- 21 • die Familien stärken und gleiche Bildungschancen für alle,
- 22 • unser Land erneuern, in die Zukunft investieren und Innovationen fördern,
23 damit wir unseren Wohlstand ausbauen und auch zukünftig mit der weltwei-
24 ten Dynamik mithalten können,
- 25 • den digitalen Wandel von Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft für alle Men-
26 schen positiv gestalten,
- 27 • einen größeren Beitrag leisten, um weltweit zu besseren Lebensbedingun-
28 gen und Chancen beizutragen.

29
30 Wir wollen eine stabile und handlungsfähige Regierung bilden, die das Richtige tut.
31 Dabei streben wir einen politischen Stil an, der die öffentliche Debatte belebt, Unter-
32 schiede sichtbar bleiben lässt und damit die Demokratie stärkt.

33

34 Europa

35

36 **I. Ein neuer Aufbruch für Europa**

37 Die Europäische Union ist ein historisch einzigartiges Friedens- und Erfolgsprojekt
38 und muss es auch künftig bleiben. Sie verbindet wirtschaftliche Integration und Wohl-
39 stand mit Freiheit, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Kern dieser europäischen
40 Vision ist, dass die EU ihre gemeinsame politische und wirtschaftliche Kraft nutzt, um
41 Frieden nach außen und Sicherheit und Wohlstand nach innen zu schaffen.

42 Deutschland hat Europa unendlich viel zu verdanken. Auch deshalb sind wir seinem
43 Erfolg verpflichtet. Für Deutschland ist ein starkes und geeintes Europa der beste
44 Garant für eine gute Zukunft in Frieden, Freiheit und Wohlstand.

45 Die globalen Kräfteverhältnisse haben sich in den letzten Jahren grundlegend verän-
46 dert - politisch, wirtschaftlich und militärisch. Neue Schwerpunktsetzungen der USA,
47 das Erstarren Chinas und die Politik Russlands machen deutlich: Europa muss sein
48 Schicksal mehr als bisher in die eigenen Hände nehmen. Nur gemeinsam hat die EU
49 eine Chance, sich in dieser Welt zu behaupten und ihre gemeinsamen Interessen
50 durchzusetzen. Nur gemeinsam können wir unsere Werte und unser solidarisches
51 Gesellschaftsmodell, das sich mit der Sozialen Marktwirtschaft verbindet, verteidigen.
52 Deshalb braucht die EU eine Erneuerung und einen neuen Aufbruch.

53

54 **II. Wir wollen ein Europa der Demokratie und Solidarität**

- 55 • Wir wollen den Zusammenhalt Europas auf Basis seiner demokratischen und
56 rechtstaatlichen Werte auf allen Ebenen vertiefen und das Prinzip der wech-
57 selseitigen Solidarität stärken.
- 58 • Wir wollen, dass sich Deutschland aktiv in die Debatte über die Zukunft der
59 EU und eine Stärkung der europäischen Integration einbringt.
- 60 • Wir wollen ein Europa der Demokratie mit einem gestärkten Europäischen
61 Parlament und einem lebendigen Parlamentarismus auf nationaler, regionaler
62 und kommunaler Ebene.
- 63 • Wir wollen Europa bürgernäher und transparenter machen und dadurch
64 neues Vertrauen gewinnen.
- 65 • Die demokratischen und rechtsstaatlichen Werte und Prinzipien, auf denen
66 die europäische Einigung ruht, müssen noch konsequenter als bisher inner-
67 halb der EU durchgesetzt werden.

68

69 **III. Wir wollen ein Europa der Wettbewerbsfähigkeit und der Investitionen**

- 70 • Investitionen in Europa sind Investitionen in eine gute Zukunft unseres Lan-
71 des. Wachstum und Wohlstand in Deutschland sind auf das Engste mit
72 Wachstum und Wohlstand in Europa verknüpft.
- 73 • Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit der EU und ihre Wachstumskräfte im
74 Kontext der Globalisierung stärken, um zukunftsgerechte Arbeitsplätze in der
75 EU zu sichern und neue zu schaffen: Das ist Basis unseres künftigen Wohl-
76 stands.
- 77 • Die Soziale Marktwirtschaft, die auf Unternehmensverantwortung, Sozialpart-
78 nerschaft, Mitbestimmung und einer fairen Verteilung des erwirtschafteten
79 Wohlstands beruht, braucht eine Renaissance, gerade in Zeiten der Digitali-
80 sierung.
- 81 • Wir stärken in der EU die strategische Forschungspolitik, die Innovationsfähig-
82 keit und vollenden den digitalen Binnenmarkt.

- 83 • Wir wollen die Investitionskräfte in Europa auch dadurch stärken, dass wir Ini-
84 tiativen wie das europäische Investitionsprogramm EFSI, fortführen und aus-
85 bauen.

87 **IV. Wir wollen ein Europa der Chancen und der Gerechtigkeit**

- 88 • Europa muss ein Kontinent der Chancen sein, besonders für junge Menschen.
89 Sie sind Europas Zukunft. Wir wollen, dass junge Menschen ihre Hoffnungen
90 auf Europa setzen können. Wir wollen, dass sie gute Jobs finden, sich frei und
91 mobil in Europa bewegen können, dass sie im Austausch mit anderen Freund-
92 schaften schließen und europäisches Zusammenleben praktisch erfahren kön-
93 nen. Deshalb wollen wir die Jugendarbeitslosigkeit mit mehr Mitteln der EU
94 bekämpfen und die Austauschprogramme wie Erasmus+ ausbauen.
- 95 • Soziale Grundrechte, insbesondere das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche
96 Arbeit am gleichen Ort in der EU wollen wir in einem Sozialpakt stärken. Wir
97 wollen faire Rahmenbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
98 und eine bessere Koordinierung der Arbeitsmarktpolitik.
- 99 • Wir wollen einen Rahmen für Mindestlohnregelungen sowie für nationale
100 Grundsicherungssysteme in den EU-Staaten entwickeln. Wer konsequent ge-
101 gen Lohndumping und soziale Ungleichheiten in wirtschaftlich schwächeren
102 Ländern in Europa kämpft, sichert auch den Sozialstaat und die Soziale Markt-
103 wirtschaft in Deutschland.
- 104 • Wir wollen faire Mobilität fördern, jedoch missbräuchliche Zuwanderung in die
105 Systeme der sozialen Sicherheit unterbinden.
- 106 • Wir wollen mehr Vergleichbarkeit von Bildungsstandards in der EU.
- 107 • Wir bekämpfen Steuerdumping, -betrug und -vermeidung und Geldwäsche
108 gleichermaßen international und in der EU. Wir unterstützen eine gerechte Be-
109 steuerung großer Konzerne, gerade auch der Internetkonzerne Google, Apple,
110 Facebook und Amazon.
- 111 • Unternehmen dürfen sich künftig nicht mehr ihrer gesellschaftlichen Verant-
112 wortung entziehen können, indem sie die Staaten der EU gegeneinander aus-
113 spielen. Steuerdumping muss unterbunden werden.
- 114 • Wir unterstützen eine gemeinsame, konsolidierte Bemessungsgrundlage und
115 Mindestsätze bei den Unternehmenssteuern. Es muss damit das Prinzip gel-
116 ten, dass das Land des Gewinns auch das Land der Besteuerung ist. Wir wol-
117 len mit Frankreich zusammen hierfür eine Initiative ergreifen, auch um eine
118 europäische Antwort auf internationale Veränderungen und Herausforderun-
119 gen in diesem Bereich, nicht zuletzt in den USA, zu geben.
- 120 • Die Einführung einer substantiellen Finanztransaktionssteuer wollen wir zum
121 Abschluss bringen.

123 **V. Wir wollen ein Europa des Friedens und der globalen Verantwortung**

- 124 • Globale Herausforderungen brauchen europäische Antworten. Wir sind uns
125 einig in der klaren Absage an Protektionismus, Isolationismus und Nationalis-
126 mus. Wir brauchen international mehr und nicht weniger Kooperation.
- 127 • Lokale Herausforderungen können nur lokal wirklich gelöst werden. Deshalb
128 brauchen wir gelebte Subsidiarität, auch um die Handlungsspielräume von
129 Kommunen und Ländern zu stärken.
- 130 • Die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik muss im Sinne
131 einer Friedensmacht Europa gestärkt werden. Sie muss dem Prinzip eines

132 Vorrangs des Politischen vor dem Militärischen folgen und auf Friedenssiche-
133 rung, Entspannung und zivile Krisenprävention ausgerichtet sein. Wir wollen
134 die Zusammenarbeit bei der Sicherheits- und Verteidigungspolitik (PESCO)
135 stärken und mit Leben füllen.

- 136 • In der Flüchtlings- und Migrationspolitik muss die EU ihrer humanitären Ver-
137 antwortung gerecht werden und zugleich Migration besser ordnen und steu-
138 ern. Wir wollen Fluchtursachen umfassend bekämpfen, die Außengrenzen der
139 EU wirksamer gemeinsam schützen sowie eine solidarische Verantwortungs-
140 teilung in der EU schaffen.
- 141 • Wir wollen mit einer kohärenten Afrika-Strategie die Zusammenarbeit mit Af-
142 rika auf allen Ebenen ausbauen.
- 143 • Wir wollen eine offene und faire Handelspolitik, die allen zugutekommt und
144 auf Wachstum, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit zielt.
- 145 • Die EU muss beim Klimaschutz international eine Vorreiterrolle einnehmen
146 und für eine ambitionierte Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens
147 eintreten.
- 148 • Die EU braucht auch eine gemeinsame Außen- und Menschenrechtspolitik.

149
150 Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir die EU in ihrer Handlungsfähigkeit stärken,
151 insbesondere auch das Europäische Parlament. Wir wollen die EU finanziell stärken,
152 damit sie ihre Aufgaben besser wahrnehmen kann: Dafür werden wir bei der Erstel-
153 lung des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens Sorge tragen. Dabei befürworten wir
154 auch spezifische Haushaltsmittel für wirtschaftliche Stabilisierung und soziale Kon-
155 vergenz und für die Unterstützung von Strukturreformen in der Eurozone, die Aus-
156 gangspunkt für einen künftigen Investivhaushalt für die Eurozone sein können. Wir
157 sind auch zu höheren Beiträgen Deutschlands zum EU-Haushalt bereit.

158
159 Wir wollen in diesem Sinne und insbesondere auch in enger Partnerschaft mit Frank-
160 reich die Eurozone nachhaltig stärken und reformieren, sodass der Euro globalen Kri-
161 sen besser standhalten kann. Wir wollen fiskalische Kontrolle, wirtschaftliche Koordi-
162 nierung in der EU und der Eurozone sowie den Kampf gegen Steuerbetrug und ag-
163 gressive Steuervermeidung vorantreiben. Die dazu aus den Mitgliedstaaten und von
164 der EU-Kommission vorgelegten Vorschläge werden wir prüfen. Den Europäischen
165 Stabilitätsmechanismus (ESM) wollen wir zu einem parlamentarisch kontrollierten
166 Europäischen Währungsfonds weiterentwickeln, der im Unionrecht verankert sein
167 sollte.

168
169 Insgesamt lassen wir uns davon leiten, dass die EU für Solidarität zwischen den Mit-
170 gliedstaaten ebenso wie für ihre Bürgerinnen und Bürger stehen muss. Das Prinzip
171 der wechselseitigen Solidarität muss auch für den EU-Haushalt gelten. Zugleich
172 muss auch künftig das Prinzip gelten, dass Risiko und Haftungsverantwortung ver-
173 bunden sind.

174
175 Die Erneuerung der EU wird nur gelingen, wenn Deutschland und Frankreich mit
176 ganzer Kraft gemeinsam dafür arbeiten. Deshalb wollen wir die deutsch-französische
177 Zusammenarbeit weiter stärken und erneuern. Ein neuer Elysee-Vertrag ist hierzu
178 ein erster und wichtiger Schritt. Deutschland und Frankreich müssen insbesondere
179 auch Innovationsmotor sein und werden dies in Vorhaben, wie der Erforschung
180 künstlicher Intelligenz, unter Beweis stellen. Wir wollen gemeinsame Positionen mög-

181 lichst zu allen wichtigen Fragen der europäischen und internationalen Politik entwi-
182 ckeln und in Bereichen, in denen die EU mit 27 Mitgliedstaaten nicht handlungsfähig
183 ist, vorangehen.

184 **Wirtschaft, Digitalisierung, Bürokratie, Verkehr und Infrastruktur**

185

186 **I. Wirtschaft/Digitalisierung/Bürokratie**

187 Die Soziale Marktwirtschaft ist der Motor, der unser Land wirtschaftlich nach vorn ge-
188 bracht hat. Digitalisierung, Globalisierung, Klimawandel und abnehmender gesell-
189 schaftlicher Zusammenhalt stellen uns vor zahlreiche Herausforderungen. Wir wollen
190 mit Hilfe der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, wie fairer Wettbewerb, Unterneh-
191 merverantwortung, Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung und gerechte Verteilung des
192 erwirtschafteten Wohlstands, die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir auch in
193 zehn, fünfzehn Jahren noch Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung haben. Eine
194 starke Wirtschaft bedeutet für uns immer auch, dass alle gerecht an den Erfolgen be-
195 teiligt werden.

196

197 Unser Ziel ist Vollbeschäftigung. Insbesondere Langzeitarbeitslose gilt es, besser zu
198 fördern und zu aktivieren und ihnen den (Wieder)Einstieg in den Arbeitsmarkt zu er-
199 möglichen. Die Sozialabgaben wollen wir im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeit-
200 gebern bei unter 40 Prozent stabilisieren.

201

202 Um dem Fachkräftemangel in Deutschland zu begegnen, werden wir eine Fachkräf-
203 testrategie entwickeln und sie auf drei Säulen stellen: die inländischen, die innereuro-
204 päischen und die internationalen Potenziale. Im Inland setzen wir uns vor allem für
205 eine bessere Beschäftigung von Frauen, die Qualifizierung von geringqualifizierten Be-
206 schäftigten und bessere Rahmenbedingungen für ältere Beschäftigte ein. Diese Auf-
207 gaben erfordern eine stärkere gemeinsame Verantwortung von Arbeitgebern und Ar-
208 beitnehmern für die berufsbezogene Weiterbildung. Zudem wollen wir durch Qualifi-
209 zierung und Weiterbildung Langzeitarbeitslosen und Bildungsabbrechern bessere
210 Chancen auf dem Arbeitsmarkt ermöglichen. Um Deutschland für qualifizierte interna-
211 tionale Fachkräfte noch attraktiver zu machen, wollen wir ein Fachkräfteeinwande-
212 rungsgesetz verabschieden, mit dem wir den Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte nach
213 Deutschland ordnen und steuern.

214

215 Wir wollen freien und fairen Handel in der Welt. Protektionismus lehnen wir ab und
216 setzen vorrangig auf multilaterale Vereinbarungen. Im europäisch-kanadischen Han-
217 delsabkommen CETA sind zukunftsweisende Regelungen für den Schutz von Arbeit-
218 nehmerrechten, öffentlicher Daseinsvorsorge und für einen fortschrittlichen Investiti-
219 onsschutz vereinbart worden. Dies muss auch für künftige Handelsabkommen gelten.
220 Wir werden das Außenhandelsförderinstrumentarium, insbesondere in Bezug auf neue
221 Märkte und mit dem Schwerpunkt Afrika, weiterentwickeln.

222

223 Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ soll
224 weiterhin auch und gerade die wirtschaftlichen Strukturprobleme ländlicher und städti-
225 scher Räume adressieren. Wir werden ein gesamtdeutsches Fördersystem für struk-
226 turschwache Regionen entwickeln, das allen Bundesländern gerecht wird.

227

228 Wir fördern die Gründungskultur in Deutschland, indem wir etwa im ersten Jahr der
229 Gründung die Bürokratiebelastung auf ein Mindestmaß reduzieren und die Bedingun-
230 gen für Wagniskapital verbessern. Im Rahmen eines Bürokratieabbaugesetzes III wer-
231 den wir insbesondere die Statistikpflichten verringern. Wir schaffen Strukturen, die

232 Neugründer und Nachfolger in der Start- und Übergangsphase unterstützen. Europäi-
233 sche Vorgaben werden wir nicht mit zusätzlichen bürokratischen Belastungen verse-
234 hen. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für die Einführung des Prinzips „One in,
235 one out“ ein.

236
237 Wir brauchen eine Modernisierung des Kartellrechts in Bezug auf die Digitalisierung
238 und Globalisierung der Wirtschaftswelt. Für die Vereinbarkeit des Kartellrechts mit dem
239 Genossenschaftswesen, das wir stärken wollen, werden wir die entsprechenden Be-
240 dingungen schaffen.

241
242 Wir werden insbesondere für forschende kleine und mittelgroße Unternehmen eine
243 steuerliche Förderung einführen, die bei den Personal- und Auftragskosten für For-
244 schung und Entwicklung ansetzt. Investitionen von Unternehmen in die Digitalisierung
245 werden wir durch steuerliche Anreize unterstützen.

246
247 Wir wollen den flächendeckenden Ausbau mit Gigabit-Netzen bis zum Jahr 2025 er-
248 reichen. Hierfür werden wir die Erlöse aus der Vergabe der UMTS- und 5G-Lizenzen
249 zweckgebunden bereitstellen. Dabei sollen zukünftig nur die Ausbauschritte förderfä-
250 hrig sein, die mit Glasfasertechnologie ausgebaut werden. Die Lizenzvergabe werden
251 wir mit Ausbaauflagen kombinieren, um bestehende Funklöcher zu schließen und 5G
252 dynamisch aufzubauen. Wir gehen von einem öffentlichen Finanzierungsbedarf von
253 zehn bis zwölf Mrd. Euro in dieser Legislaturperiode aus. Dabei wollen wir Synergien
254 mit den Ländern sicherstellen.

255
256 Wir wollen die Digitalisierung der Verwaltung und werden ein zentrales, einheitliches
257 digitales Portal für Bürger und Unternehmen schaffen. Die Umsetzung werden wir mit
258 großer Dynamik in dieser Legislaturperiode vorantreiben.

259
260 Wir werden gemeinsam mit unseren französischen Partnern ein öffentlich verantwor-
261 tetes Zentrum für künstliche Intelligenz errichten.

262

263 **II. Verkehr und Infrastruktur**

264 Mobilität ist eine zentrale Grundlage für individuelle Freiheit und gesellschaftlichen
265 Wohlstand, für wirtschaftliches Wachstum und für Arbeitsplätze in allen Regionen. Wir
266 wollen deshalb für alle Menschen in Deutschland eine moderne, saubere und bezahl-
267 bare Mobilität organisieren und dabei die gesellschaftlichen Herausforderungen wie
268 demografischer Wandel, Urbanisierung, Anbindung ländlicher Räume und Globalisie-
269 rung meistern. Dazu werden wir unsere Infrastruktur weiter ausbauen und modernisie-
270 ren und die großen Chancen von digitalen Innovationen, wie automatisiertes und ver-
271 netztes Fahren und von alternativen Antrieben auf allen Verkehrsträgern, nutzen.

272
273 Wir werden den Investitionshochlauf auf einem Rekordniveau für die Verkehrsinvesti-
274 tionen mindestens auf dem heutigen Niveau fortführen. Wir werden die Mittel für das
275 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) erhöhen und dynamisieren. Wir wer-
276 den ein Planungs- und Baubeschleunigungsgesetz verabschieden. Damit wollen wir
277 deutliche Verbesserungen und noch mehr Dynamik in den Bereichen Verkehr, Infra-
278 struktur, Energie und Wohnen erreichen.

279
280 Wir wollen Fahrverbote vermeiden und die Luftreinhaltung verbessern. Die Mobilitäts-
281 politik ist dem Pariser Klimaschutzabkommen verpflichtet. Wir wollen die Klimaziele

282 von Paris erreichen und dabei soziale Belange berücksichtigen, die Wettbewerbsfä-
283 higkeit der Industrie gewährleisten und bezahlbare Mobilität sicherstellen. Dafür bedarf
284 es eines ganzen Bündels von Maßnahmen, wie zum Beispiel der Förderung von Elekt-
285 romobilität, des Öffentlichen Personennahverkehrs und des Schienenverkehrs; effizi-
286 enteren und sauberen Verbrennungsmotoren inklusive Nachrüstungen sowie der Ver-
287 stetigung der Mittel im Rahmen des Nationalen Forums Diesel. Wir setzen uns dabei
288 für ein gemeinsames und koordiniertes Vorgehen von Bund, Ländern, Kommunen,
289 Unternehmen und Gewerkschaften ein.

290

291

292 **Arbeitsmarkt und Arbeitsrecht**

293

294 SPD und Union bekennen sich beide zum Ziel der Vollbeschäftigung. Dazu gehört
295 auch, dass Menschen, die schon sehr lange arbeitslos sind, eine Perspektive eröffnet
296 wird.

297

298 Mit einem ganzheitlichen Ansatz wollen wir die Qualifizierung, Vermittlung und Re-
299 integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt vorantreiben. Dazu schaffen
300 wir ein neues Regelinstrument im SGB II „Teilhabe am Arbeitsmarkt für alle“ und er-
301 möglichen auch in den Ländern den Passiv-Aktiv-Transfer. Wir stellen uns eine Be-
302 teiligung von 150 000 Menschen vor. Die Finanzierung des Programms muss über
303 den Eingliederungstitel gewährleistet werden, den wir hierfür um eine Mrd. Euro jähr-
304 lich aufstocken werden.

305

306 Wir werden den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 Prozent senken.

307

308 Mit dem Ziel, breiten Bevölkerungsteilen einen beruflichen Aufstieg und die Beschäf-
309 tigungsfähigkeit in einer sich wandelnden Arbeitswelt nachhaltig zu fördern, wollen
310 wir gemeinsam mit den Sozialpartnern eine nationale Weiterbildungsstrategie entwi-
311 ckeln.

312

313 Wir werden das Angebot der Bundesagentur für Arbeit so ausgestalten, dass alle Ar-
314 beitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein Recht auf Weiterbildungsberatung haben.
315 Wir werden das allgemeine Initiativrecht der Betriebsräte für Weiterbildung stärken.
316 Nach drei Monaten Arbeitslosigkeit soll die Bundesagentur für Arbeit mit den betroffe-
317 nen Menschen Maßnahmen entwickeln, um ihre Beschäftigungsfähigkeit nachhaltig
318 zu fördern.

319

320 Wir wollen die Zumutbarkeit bei der Vermögensverwertung und das Schonvermögen
321 im SGB II überprüfen.

322

323 Wir wollen das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz 2019 evaluieren.

324

325 Das Zeitalter der Digitalisierung wollen wir als Chance für mehr und bessere Arbeit
326 nutzen.

327

328 Wir wollen deshalb neue Geschäftsmodelle fördern und gleichzeitig die Tarifbindung
329 stärken. Die Arbeit auf Abruf nimmt zu, wir wollen jedoch sicherstellen, dass der Ar-
330 beitnehmer ausreichend Planungs- und Einkommenssicherheit in dieser Arbeitsform
331 hat.

332

333 Wir werden über eine Tariföffnungsklausel im Arbeitszeitgesetz Experimentierräume
334 für tarifgebundene Unternehmen schaffen, um eine Öffnung für mehr selbstbe-
335 stimmte Arbeitszeit der Arbeitnehmer und mehr betriebliche Flexibilität in der zuneh-
336 mend digitalen Arbeitswelt zu erproben. Auf Grundlage von Betriebsvereinbarungen
337 kann insbesondere die Höchstarbeitszeit wöchentlich flexibel geregelt werden.
338

339 Wir wollen einen Rahmen schaffen, in dem Unternehmen, Beschäftigte und die Tarif-
340 partner den vielfältigen Wünschen und Anforderungen in der Arbeitszeitgestaltung
341 gerecht werden können. Wir wollen Familien in ihrem Anliegen unterstützen, mehr
342 Zeit füreinander zu haben und die Partnerschaftlichkeit zu stärken. Wir werden dazu
343 Modelle entwickeln, mit denen mehr Spielraum für Familienzeit geschaffen werden
344 kann.
345

346 Im Teilzeit- und Befristungsrecht wird ein Recht auf befristete Teilzeit eingeführt. Ge-
347 genüber dem Referentenentwurf zur Weiterentwicklung des Teilzeitrechts werden fol-
348 gende Änderungen vereinbart:
349

- 350 1. Es besteht kein Anspruch auf Verlängerung oder Verkürzung der Arbeitszeit
351 oder vorzeitige Rückkehr zur früheren Arbeitszeit während der zeitlich be-
352 grenzten Teilzeitarbeit.
- 353 2. Der neue Teilzeitananspruch nach diesem Gesetz gilt nur für Unternehmen, die
354 in der Regel insgesamt mehr als 45 Mitarbeiter beschäftigen.
- 355 3. Für Unternehmensgrößen von 45 bis 200 Mitarbeitern wird eine Zumutbar-
356 keitsgrenze eingeführt, dass lediglich einem pro angefangenen 15 Mitarbeitern
357 der Anspruch gewährt werden muss. Bei Überschreitung dieser Grenze kann
358 der Arbeitgeber einen Antrag ablehnen.
- 359 4. Der Arbeitgeber kann eine befristete Teilzeit ablehnen, wenn diese ein Jahr
360 unter- oder fünf Jahre überschreitet. Die Tarifvertragsparteien erhalten die
361 Möglichkeit, hiervon abweichende Regelungen zu vereinbaren.
- 362 5. Nach Ablauf der zeitlich begrenzten Teilzeitarbeit kann der Arbeitnehmer frü-
363 hestens nach einem Jahr eine erneute Verringerung der Arbeitszeit verlangen.
364

365 **Familie, Frauen und Kinder**

366 **I. Familien**

368 Familien halten unsere Gesellschaft zusammen. Sie zu stärken und zu entlasten ist
369 unser Ziel. Wir werden alle Familien finanziell entlasten, die Kinderbetreuung verbes-
370 sern und mehr Zeit für Familie ermöglichen. Die Rechte der Kinder werden gestärkt.
371 CDU/CSU und SPD sind sich in den folgenden Punkten einig:
372

373 Das Kindergeld als bewährte und wirksame familienpolitische Leistung werden wir in
374 dieser Legislaturperiode pro Kind um 25 Euro pro Monat erhöhen - in zwei Teilschritten
375 (zum 01.07.2019 um zehn Euro, zum 01.01.2021 um weitere 15 Euro). Gleichzeitig
376 steigt der steuerliche Kinderfreibetrag entsprechend.
377

378 Wir werden ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Kinderarmut schnüren: Dazu
379 wollen wir zur Entlastung einkommensschwacher Familien den Kinderzuschlag erhö-
380 hen. Gemeinsam mit dem Kindergeld soll der Mindestbedarf gedeckt werden. Wir wer-
381 den die harte Abbruchkante abschaffen und sorgen so dafür, dass die Leistung bei
382 steigendem Einkommen langsam ausläuft. Damit wollen wir die Leistungsbereitschaft

383 fördern und Anreize zur Aufnahme und Steigerung von Erwerbsarbeit der Eltern set-
384 zen. Wir wollen die Beantragung dieser Leistung für Familien entbürokratisieren und
385 die Antragstellung dort, wo es möglich ist, mit Anträgen auf weitere Leistungen zusam-
386 menführen. Auch die Bedarfe für Bildung und Teilhabe werden wir verbessern, unter
387 anderem sollen hierzu das Schulstarterpaket erhöht und die Eigenanteile zur gemein-
388 schaftlichen Mittagsverpflegung in Kitas und Schulen und für Schülerbeförderung ent-
389 fallen.

390
391 Wir wollen die bestmögliche Betreuung für unsere Kinder und die bessere Vereinbar-
392 keit von Familie und Beruf. Dazu unterstützen wir Länder und Kommunen weiterhin
393 beim Ausbau und bei der Steigerung der Qualität von Kinderbetreuungseinrichtungen
394 und dem Angebot an Kindertagespflege sowie zusätzlich bei der Entlastung von Eltern
395 bei den Gebühren. Hierbei wollen wir sowohl die Vielfalt der Betreuungsangebote bei-
396 behalten als auch die Länderkompetenzen wahren. Die Beschlüsse der Jugend- und
397 Familienministerkonferenz der Länder (JFMK) werden wir hierzu entsprechend umset-
398 zen.

399
400 Wir werden einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter schaf-
401 fen. Dabei werden wir auf Flexibilität achten, bedarfsgerecht vorgehen und die Vielfalt
402 der in den Ländern und Kommunen bestehenden Betreuungsmöglichkeiten der Kin-
403 der- und Jugendhilfe und die schulischen Angebote berücksichtigen. Für die Ausge-
404 staltung wollen wir das SGB VIII nutzen.

405

406 **II. Kinder stärken – Kinderrechte ins Grundgesetz**

407 Wir werden Kinderrechte im Grundgesetz ausdrücklich verankern.

408

409 **III. Mehr Gleichberechtigung von Frauen und Männern**

410 Mit dem Gesetz für mehr Frauen in Führungspositionen haben wir in der vergange-
411 nen Legislaturperiode einen Meilenstein gesetzt. Diesen Weg werden wir weiterge-
412 hen und bei der regelmäßigen Berichterstattung der Bundesregierung ein besonde-
413 res Augenmerk auf Unternehmen ohne Frauen in Führungspositionen legen, die sich
414 eine Zielgröße „Null“ geben. Wir wollen die Wirksamkeit des Gesetzes verbessern,
415 indem wir die Nichteinhaltung der Meldepflicht für Zielvorgaben für Vorstände und
416 Führungsebenen und die Begründungspflicht bei der Angabe Zielvorgabe „Null“
417 sanktionieren entsprechend den Bestimmungen des §335 HGB.

418

419 Dem öffentlichen Dienst kommt für die Gleichstellung von Frauen und Männern eine
420 Vorbildfunktion zu. Wir wollen daher die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und
421 Männern in Leitungsfunktionen des öffentlichen Dienstes bis 2025 erreicht haben.
422 Dazu werden wir dieses Ziel für den Geltungsbereich des Bundesgleichstellungsge-
423 setzes festschreiben. Wir wollen prüfen, wie eine Erweiterung des Geltungsbereichs
424 des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Füh-
425 rungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst auf Unternehmen
426 mit wesentlicher Bundesbeteiligung umgesetzt werden kann.

427

428 Strukturelle Ungleichgewichte von Frauen am Arbeitsmarkt, die zur Entgeltlücke we-
429 sentlich beitragen, wollen wir gezielt abbauen. Dazu werden wir unter anderem finan-
430 zielle Ausbildungshürden bei Sozial- und Pflegeberufen abbauen und streben Ausbil-
431 dungsvergütungen an.

432 Beschäftigte in Unternehmen ab 200 Beschäftigten können seit dem 6. Januar 2018
433 erstmals einen individuellen Auskunftsanspruch geltend machen und Auskunft über

434 die Entgeltstrukturen im Unternehmen verlangen. Für Betroffene werden wir bei der
435 Antidiskriminierungsstelle des Bundes gezielte Beratungs- und Unterstützungsange-
436 bote schaffen. Im Juli 2019 ist eine erste Evaluation zur Wirksamkeit des Gesetzes
437 durch die Bundesregierung vorzulegen. Dabei werden wir ein besonderes Augen-
438 merk auf die Erfüllung der entsprechenden Berichtspflichten und Auskunftsansprü-
439 che legen. Auf der Grundlage der ersten Erfahrungen ist über weitere erforderliche
440 Schritte zu entscheiden.

441

442 **IV. Bekämpfung von Gewalt gegenüber Frauen und Kindern**

443 Wir werden ein Aktionsprogramm zur Prävention und Unterstützung von Gewalt be-
444 troffenen Frauen und Kindern auflegen und die Hilfestrukturen verbessern. Um von
445 Gewalt betroffenen Frauen und Kindern den gesicherten Zugang zu Schutz und Be-
446 ratung in Frauenhäusern zu ermöglichen, werden wir einen Runden Tisch von Bund,
447 Ländern und Kommunen einberufen. Ziel der Beratungen ist der bedarfsgerechte
448 Ausbau und die adäquate finanzielle Absicherung der Arbeit von Frauenhäusern und
449 entsprechenden ambulanten Hilfs- und Betreuungsmaßnahmen. Wir sind in diesem
450 Zusammenhang bereit, ein Investitions- und Sanierungsprogramm aufzulegen, Wei-
451 terqualifizierungsmaßnahmen und Schulungen für Mitarbeit/innen und spezifische
452 psychosoziale Hilfen für traumatisierte Kinder und Frauen. Um für die betroffenen
453 Frauen den Zugang zu ermöglichen und ihnen bei der Tragung der Unterbringungs-
454 kosten zu helfen, werden wir prüfen, ob und wie weit im Rahmen des Unterhaltsvor-
455 schussgesetzes eine vorläufige Übernahme der Kosten bei gleichzeitigem Übergang
456 der Unterhaltsforderung auf den Kostenträger verankert werden kann.

457 Wir werden das bundesweite Hilfetelefon für von Gewalt betroffene Frauen aus-
458 bauen, besser bewerben und durch adäquate Online-Beratungsangebote ergänzen.
459 Die anonymisierte Beweissicherung bei Gewalt- und Missbrauchsfällen werden wir in
460 ganz Deutschland ermöglichen.

461

462

463 **Bildung und Forschung**

464

465 Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die Schlüsselthemen für Deutschlands Zu-
466 kunft. Es gilt, technologische, wissenschaftliche und soziale Innovationen zu fördern,
467 gerechte Bildungschancen für alle zu gewährleisten und ein hohes Qualifikationsni-
468 veau zu sichern. Die Freiheit der Wissenschaft ist für uns konstitutiv. Für das Chan-
469 cenland Deutschland werden wir zusätzliche Mittel mobilisieren. Dabei sind folgende
470 Projekte prioritär:

- 471 • Wir wollen die Bildungschancen in Deutschland im gemeinsamen Schulter-
472 schluss von Bund und Ländern verbessern. Dafür wollen wir einen nationalen
473 Bildungsrat einrichten. Wir werden eine Investitionsoffensive für Schulen in
474 Deutschland auf den Weg bringen. Diese umfasst zusätzlich zum laufenden
475 Schulsanierungsprogramm die Unterstützung der Länder bei ihren Investitionen
476 in die Bildungsinfrastruktur, insbesondere Ganztagsschul- und Betreuungsan-
477 gebote, Digitalisierung und berufliche Schulen. Dazu werden wir die erforderliche
478 Rechtsgrundlage in Art. 104c GG anpassen (Streichung des Begriffs „fi-
479 nanzschwache“ in Bezug auf die Kommunen). Die Kultushoheit bleibt Kompe-
480 tenz der Länder. Wir werden einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im
481 Grundschulalter schaffen. Dabei werden wir auf Flexibilität achten, bedarfsge-
482 recht vorgehen und die Vielfalt der in den Ländern und Kommunen bestehen-
483 den Betreuungsmöglichkeiten der Kinder- und Jugendhilfe und die schulischen

484 Angebote berücksichtigen. Für die Ausgestaltung wollen wir das SGB VIII nut-
485 zen.

- 486 • Die Bundesaufwendungen für Studienplätze im Rahmen des Hochschulpaktes
487 sind für die Hochschulen unverzichtbar. Um vor dem Hintergrund der anhaltend
488 hohen Studiennachfrage eine qualitativ hochwertige Lehre sicherzustellen, wer-
489 den wir die Bundesmittel auf Grundlage des neu geschaffenen Art. 91b GG
490 dauerhaft verstetigen. Die konkreten Förderkriterien können periodisch mit den
491 Ländern und Hochschulen ausverhandelt werden. Für uns stehen die Qualität
492 von Forschung und Lehre und die Berufschancen der Studierenden (Absolven-
493 tenstudien) im Mittelpunkt. Gleichzeitig wollen wir die Weiterbildungsangebote
494 der Hochschulen ausweiten.
- 495 • Das Ausbildungsförderungsgesetz des Bundes (BAföG) wird ausgebaut und die
496 Leistungen werden deutlich verbessert. Unser gemeinsames Ziel ist es, die för-
497 derbedürftigen Auszubildenden wieder besser zu erreichen und bis 2021 eine
498 Trendumkehr, d.h. einen Aufwuchs bei der Zahl der Geförderten, zu erreichen.
499 Wir werden die Stipendienkultur und Begabtenförderwerke in Deutschland wei-
500 ter stärken.
- 501 • Die Berufliche Bildung werden wir mit einem Berufsbildungspakt modernisieren
502 und stärken. Dazu gehören eine Ausstattungsoffensive für berufliche Schulen
503 vor dem Hintergrund der Digitalisierung und eine Novelle des Berufsbildungs-
504 gesetzes. In diesem Rahmen werden wir eine Mindestausbildungsvergütung im
505 Berufsbildungsgesetz verankern. Wir werden mit dem Aufstiegsfortbildungsför-
506 derungsgesetz („Meister-BAföG“) finanzielle Hürden für den beruflichen Auf-
507 stieg abbauen. Zudem wollen wir innovative Qualifizierungswege wie die hö-
508 here Berufsbildung und das duale Studium stärken. Im Interesse der Fachkräf-
509 tesicherung bei Sozial- und Pflegeberufen werden wir finanzielle Ausbildungshür-
510 den abbauen und streben Ausbildungsvergütungen an.
- 511 • Deutschland muss ein Innovationsland bleiben. Deshalb vereinbart der Bund
512 gemeinsam mit den Ländern und der Wirtschaft, bis 2025 mindestens 3,5 Pro-
513 zent des BIP für Forschung und Entwicklung aufzuwenden.
- 514 • Für strukturschwache Regionen, in denen es an unternehmerischer Innovati-
515 onskraft fehlt, werden wir zielgenaue Förderinstrumente entwickeln, z.B. durch
516 das Programm „WIR – Wandel in der Region durch Innovation“. Die östlichen
517 Bundesländer werden wir bei ihren Anstrengungen in der Wissenschafts- und
518 Innovationspolitik besonders unterstützen.
- 519 • Die Hightech-Strategie wird weiterentwickelt und auf die großen gesellschaftli-
520 chen Herausforderungen fokussiert. Dabei werden wir neue Instrumente zur
521 Förderung von Sprunginnovationen und des Wissenstransfers in die Wirtschaft
522 entwickeln. Umfassende Technologieoffenheit in der Forschungsförderung ist
523 ein wichtiges Grundprinzip unserer Forschungspolitik.
- 524 • Den Pakt für Forschung und Innovation setzen wir ab dem Jahr 2021 mit einem
525 jährlichen Aufwuchs von mindestens drei Prozent auf Basis der bewährten
526 Bund-Länder-Schlüssel fort.

527
528

529 **Soziales, Rente, Gesundheit und Pflege**

530

531 **I. Rente**

532 Die Rente muss für alle Generationen gerecht und zuverlässig sein. Dazu gehört die
533 Anerkennung der Lebensleistung und ein wirksamer Schutz vor Altersarmut.

534

535 Vertrauen in die langfristige Stabilität der gesetzlichen Rentenversicherung ist ein ho-
536 hes Gut in unserem Sozialstaat. Deshalb werden wir die gesetzliche Rente auf heuti-
537 gem Niveau von 48 % bis zum Jahr 2025 gesetzlich absichern. Dafür werden wir in
538 2018 die Rentenformel ändern und parallel dazu eine Rentenkommission „Verlässli-
539 cher Generationenvertrag“ einrichten, die sich mit den Herausforderungen der nach-
540 haltigen Sicherung und Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung und der
541 beiden weiteren Rentensäulen ab dem Jahr 2025 befassen wird. Sie soll eine Emp-
542 fehlung für einen verlässlichen Generationenvertrag vorlegen. Dabei streben wir eine
543 doppelte Haltelinie an, die Beiträge und Niveau langfristig absichert.

544
545 Die Lebensleistung von Menschen, die jahrzehntelang gearbeitet, Kinder erzogen und
546 Angehörige gepflegt haben, soll honoriert und ihnen ein regelmäßiges Alterseinkom-
547 men 10 % oberhalb des regionalen Grundsicherungsbedarfs zugesichert werden. Be-
548 rechtigt sind Versicherte, die 35 Jahre an Beitragszeiten oder Zeiten der Kindererzie-
549 hung bzw. Pflegezeiten aufweisen.

550 Voraussetzung für den Bezug der „Grundrente“ ist eine Bedürftigkeitsprüfung entspre-
551 chend der Grundsicherung.

552 Dabei wollen wir klarstellen, dass die Bezieher von Grundsicherung im Alter in ihrem
553 selbst genutzten Haus oder ihrer Wohnung im Regelfall weiterhin wohnen können.

554 Die Abwicklung der „Grundrente“ erfolgt durch die Rentenversicherung. Bei der Be-
555 dürftigkeitsprüfung arbeitet die Rentenversicherung mit den Grundsicherungsämtern
556 zusammen.

557
558 Wir werden diejenigen besser absichern, die aufgrund von Krankheit ihrer Erwerbstä-
559 tigkeit nicht mehr nachgehen können. Wir wollen die Anhebung der Zurechnungszeiten
560 beschleunigen, indem wir das jetzt vorgesehene Alter von 62 Jahren und drei Monaten
561 in einem Schritt auf 65 Jahre und acht Monate anheben. Danach wird die Zurech-
562 nungszeit in weiteren Monatsschritten entsprechend der Anhebung der Regelalters-
563 grenze auf das Alter 67 angehoben.

564
565 Wir halten am Drei-Säulen-Modell fest und wollen in diesem Rahmen die private Al-
566 tersvorsorge weiterentwickeln.

567
568 Wir wollen Möglichkeiten und Anreize zum freiwilligen längeren Arbeiten und damit
569 auch das Angebot der Flexi-Rente nachhaltig gestalten.

570
571 Um den sozialen Schutz von Selbständigen zu verbessern, wollen wir eine gründer-
572 freundlich ausgestaltete Altersvorsorgepflicht für alle Selbständigen einführen, die
573 nicht bereits anderweitig abgesichert sind. Dabei sollen diese zwischen der gesetzli-
574 chen Rentenversicherung und – als Opt-out-Lösung – anderen geeigneten insolvenz-
575 sicheren Vorsorgearten wählen können. Zudem werden wir die Mindestkrankenversi-
576 chungsbeiträge für kleine Selbstständige reduzieren.

577
578 Mit dem zweiten Kindererziehungsjahr in der Rente für Geburten vor 1992 haben wir
579 einen ersten Schritt getan. Wir wollen die Gerechtigkeitslücke schließen: Mütter, die
580 ihre Kinder vor 1992 auf die Welt gebracht haben, sollen künftig auch das dritte Jahr
581 Erziehungszeit in der Rente angerechnet bekommen. Wir wollen die Mütterrente II ein-
582 führen. Das ist ein wichtiger Baustein zur Bekämpfung von Altersarmut. Diese Verbes-
583 serungen bei der Mütterrente durch einen 3. Punkt sollen für Mütter gelten, die drei
584 und mehr Kinder vor 1992 zur Welt gebracht haben.

585

586 Der Bund wird schrittweise einen höheren Anteil bei den Erstattungen an die Renten-
587 versicherung für die Ansprüche aus den Sonder- und Zusatzversorgungssysteme der
588 ehemaligen DDR übernehmen und damit die ostdeutschen Bundesländer entlasten
589 (AAÜG).

590

591 **II. Gesundheit**

592 Kranke, Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderung müssen auf die Solidarität
593 der Gesellschaft vertrauen können. Wir werden sicherstellen, dass alle auch zukünftig
594 eine gute, flächendeckende medizinische und pflegerische Versorgung von Beginn bis
595 Ende ihres Lebens erhalten, unabhängig von ihrem Einkommen und Wohnort.

596

597 Die Zusammenarbeit und Vernetzung im Gesundheitswesen müssen ausgebaut und
598 verstärkt werden. Zur Erreichung einer sektorenübergreifenden Versorgung wollen wir
599 nachhaltige Schritte einleiten, insbesondere bei der Notfallversorgung. Zu einer flä-
600 chendeckenden Gesundheitsversorgung gehört für uns neben einer gut erreichbaren
601 ärztlichen Versorgung auch eine wohnortnahe Geburtshilfe, Hebammen und Apothe-
602 ken vor Ort. Darüber hinaus sind deutlich erhöhte Investitionen in Krankenhäuser für
603 Umstrukturierungen, neue Technologien und Digitalisierung notwendig.

604

605 Wir wollen die schrittweise Einführung von kostendeckenden Beiträgen zur Gesetzli-
606 chen Krankenversicherung aus Steuermitteln für die Bezieher von ALG II.

607

608 Wir werden die Parität bei den Beiträgen zur Gesetzlichen Krankenversicherung wie-
609 derherstellen. Die Beiträge zur Krankenversicherung sollen künftig wieder in gleichem
610 Maße von Arbeitgebern und Beschäftigten geleistet werden.

611

612 **III. Pflege**

613 Wir wollen die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in der Alten- und Krankenpflege
614 sofort und spürbar verbessern. Es werden Sofortmaßnahmen für eine bessere Perso-
615 nalausstattung in der Altenpflege und im Krankenhausbereich ergriffen und dafür zu-
616 sätzliche Stellen zielgerichtet gefördert.

617

618 Wir wollen die Bezahlung in der Altenpflege nach Tarif stärken. Gemeinsam mit den
619 Tarifpartnern wollen wir dafür sorgen, dass Tarifverträge in der Altenpflege flächende-
620 ckend zur Anwendung kommen.

621

622 Im Krankenhausbereich streben wir eine vollständige Refinanzierung von Tarifsteige-
623 rungen an, verbunden mit der Nachweispflicht, dass dies auch tatsächlich bei den Be-
624 schäftigten ankommt.

625

626 Wir wollen 8 000 neue Fachkraftstellen im Zusammenhang mit der medizinischen Be-
627 handlungspflege in Pflegeeinrichtungen schaffen.

628

629 Dem Sofortprogramm müssen weitere Schritte folgen. Deshalb entwickeln wir verbind-
630 liche Personalbemessungsinstrumente, auch im Hinblick auf die Pflegesituation in der
631 Nacht.

632

633 Dieses Programm umfasst unter anderem eine Ausbildungsoffensive, Anreize für eine
634 bessere Rückkehr von Teil- in Vollzeit, ein Wiedereinstiegsprogramm, eine bessere
635 Gesundheitsvorsorge für die Beschäftigten sowie eine Weiterqualifizierung von Pfl-
636 gehelfern zu Pflegefachkräften.

637
638 Wir wollen in einer „Konzertierten Aktion Pflege“ eine bedarfsgerechte Weiterentwick-
639 lung der Situation in der Altenpflege. Dazu gehören insbesondere Angebote in der
640 Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie in der Tages- und Nachtpflege, die beson-
641 ders pflegende Angehörige unterstützen. Deren Situation wollen wir auch durch einen
642 besseren Zugang zu Rehabilitationsleistungen verbessern.

643
644 Den Auftrag an Kassen und Krankenhäuser, Personaluntergrenzen für pflegeintensive
645 Bereiche festzulegen, werden wir dergestalt erweitern, dass in Krankenhäusern derar-
646 tige Untergrenzen für alle bettenführenden Abteilungen eingeführt werden.

647
648 Wir wollen das Schulgeld für die Ausbildung in den Heilberufen abschaffen, so wie es
649 in den Pflegeberufen bereits beschlossen wurde.

650
651 Auf das Einkommen der Kinder von pflegebedürftigen Eltern soll künftig erst ab einem
652 Einkommen in Höhe von 100.000 Euro im Jahr zurückgegriffen werden.

653

654

655 **Finanzen und Steuern**

656

657 Union und SPD wollen die finanziellen Spielräume, die aufgrund der guten wirtschaft-
658 lichen Lage bestehen, verantwortlich und sozial ausgewogen für politische Gestaltung
659 nutzen. Wir sind uns über das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ohne neue Schul-
660 den einig.

661
662 Union und SPD wollen insbesondere untere und mittlere Einkommen beim Solidari-
663 tätzuschlag entlasten. Wir wollen den Soli schrittweise abschaffen und in dieser Wahl-
664 periode mit einem deutlichen ersten Schritt beginnen durch den rund 90 % aller Soli-
665 Zahler durch eine Freigrenze (mit Gleitzone) vollständig vom Soli entlastet werden. Wir
666 werden die Steuerbelastung der Bürger nicht erhöhen. Die Abgeltungssteuer auf Zins-
667 erträge wird mit der Etablierung des automatischen Informationsaustausches abge-
668 schafft; an dem Ziel der Einführung einer Finanztraktionssteuer im europäischen Kon-
669 text halten wir fest. Geringverdiener werden wir bei Sozialbeiträgen entlasten (Auswei-
670 tung Midi-Jobs). Wir wollen Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Geldwäsche
671 effizient und unbürokratisch im nationalen und internationalen Rahmen bekämpfen.

672
673 Für die Jahre 2018 bis 2021 sind nach der Finanzplanung des Bundes für die Haus-
674 haltsaufstellung (51. Finanzplan) Ausgaben von 1,392 Billionen Euro vorgesehen.
675 Über die dort eingeplanten Maßnahmen hinaus wollen wir den absehbaren finanziellen
676 Spielraum der nächsten vier Jahre für prioritäre Ausgaben in den folgenden Schwer-
677 punkt-Bereichen nutzen:

678

679 **1. Investitionen in Zukunft: Bildung, Forschung, Hochschulen, Digitalisierung**

680

Maßnahme	Summe 2018-21
Programm Ganztagschule / Ganztagsbetreuung	2,0
Aufstiegsfortbildung in der beruflichen Bildung	0,35
Reform BAföG	1,0
Nachfolge Hochschulpakt (ab 2021)	0,6

Anteil Bund am schrittweisen Erreichen 3,5 %-Ziel Forschung und Entwicklung bis 2025	2,0
Breitbandausbau	Fond
Summe (Mrd.)	5,95

681
682
683

2. Familien, Kinder und Soziales

Maßnahme	Summe 2018-21
Erhöhung Kindergeld und Kinderfreibetrag (Anteil Bund)	3,5
Kita (Gebühren und Qualität)	3,5
Bekämpfung Kinderarmut bei Kinderzuschlag	1,0
Eingliederungstitel SGB II: Sozialer Arbeitsmarkt / Soziale Teilhabe	4,0
Summe (Mrd.)	12,0

684
685
686

3. Bauen und Wohnen

Maßnahme	Summe 2018-21
Weitere Förderung sozialer Wohnungsbau durch Bund in 2020/2021	2,0
Steuerliche Förderung von mehr Wohneigentum (AfA, energetische Gebäudesanierung, Förderung Eigentum für Familien)	2,0
Summe (Mrd.)	4,0

687
688
689

4. Gleichwertige Lebensverhältnisse, Landwirtschaft, Verkehr und Kommunen

Maßnahme	Summe 2018-21
Erhöhung der Mittel Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) 2020/21	1,0
Regionale Strukturpolitik / Strukturwandel Kohlepolitik	1,5
Ländliche Räume / Landwirtschaft	1,5
Fortsetzung kommunale Programme	8,0
Summe (Mrd.)	12,0

690
691
692

5. Internationale Verantwortung bei Sicherheit und Entwicklung

Maßnahme	Summe 2018-21
Erhöhung Etats für Verteidigung und ODA-Quote	2,0
Summe (Mrd.)	2,0

693
694
695

6. Entlastung der Bürger

Maßnahme	Summe 2018-21
Solidaritätszuschlag	10,0
Summe (Mrd.)	10,0

696

697 Mit den Versteigerungserlösen der 5G-Lizenzen wollen wir einen Investitionsfonds ein-
698 richten, der für den Ausbau der digitalen Infrastruktur zur Verfügung steht.

699
700 Wir stellen die weitere Finanzierung der laufenden Maßnahmen zur Entlastung von
701 Ländern und Kommunen bei den Flüchtlingskosten (Integrationspauschale, Kosten
702 der Unterkunft, Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge) in den Jahren bis 2021 mit ins-
703 gesamt weiteren acht Milliarden Euro sicher und gestalten sie gemeinsam, wo erforder-
704 lich, effizienter neu aus. Die kommunalen Steuerquellen werden wir sichern.

705
706 Wir wollen durch die konkrete Programmgestaltung sicherstellen, dass die Mittel, die
707 der Bund für definierte Aufgaben, zum Beispiel den sozialen Wohnungsbau, an andere
708 Gebietskörperschaften gibt, auch vollständig für genau diese Zwecke eingesetzt wer-
709 den.

710
711 Weitere Maßnahmen, auf die sich die Koalition einigt, können finanziert werden, wenn
712 sich zusätzliche finanzielle Spielräume ergeben oder eine entsprechende Gegenfinan-
713 zierung sichergestellt ist. Diese Spielräume wollen wir uns auch durch eine umfas-
714 sende Aufgabenkritik sowie eine regelmäßige Überprüfung der Ausgaben auf Effekti-
715 vität und Effizienz erarbeiten.

716

717

718 **Innen, Recht und Verbraucherschutz**

719

720 **I. Pakt für den Rechtsstaat**

721 Wir werden den Rechtsstaat handlungsfähig erhalten. Dies stärkt auch das Vertrauen
722 in die rechtsstaatliche Demokratie.

723

724 Die Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern wollen wir um zusätzlich 15 000 Stellen
725 (7 500 im Bund, 7 500 in den Ländern) ausbauen. Auch für die Länder streben wir eine
726 zeitnahe Umsetzung an.

727

728 Wir werden einen Pakt für den Rechtsstaat schließen. Bestandteil dieses Paktes sind
729 mindestens 2 000 neue Stellen in der Justiz (Gerichte, Staatsanwaltschaften, Voll-
730 zugsbehörden) sowie eine bessere IT- und Gebäudeausstattung sowie effiziente Ver-
731 fahren.

732

733 Eine erfolgreiche Digitalisierungsstrategie setzt Datensicherheit voraus. IT-Strukturen
734 müssen sicher betrieben werden können. Wir sind uns einig, dass dort, wo Sicher-
735 heitsstandards nicht eingehalten werden können, Handlungsbedarf besteht. Es müs-
736 sen gemeinsam zwischen Bund und Ländern, möglichst sogar in ganz Europa, Sicher-
737 heitsstandards für die IT-Strukturen und den Schutz der kritischen Infrastruktur entwi-
738 ckelt werden. Die Sicherheitsbehörden brauchen gleichwertige Befugnisse im Umgang
739 mit dem Internet wie außerhalb des Internets. Die Zusammenarbeit von Bund und Län-
740 dern bei der Cyberabwehr soll ausgebaut, verbessert und strukturell neu geordnet wer-
741 den.

742

743 Wirtschaftskriminalität und organisierte Kriminalität werden wir konsequent bekämp-
744 fen. Dafür werden wir auch den Zoll stärken.

745

746 Wir wollen keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit in Deutschland. Dazu gehört die
747 Erarbeitung eines gemeinsamen Musterpolizeigesetzes (gemäß IMK-Beschluss).

748 Beim Umgang mit terroristischen Gefährdern wollen wir gemeinsame Standards, verbindlichen Umgang, einheitliche Praxis und klare Zuständigkeitsregelungen.
749

750

751 Wir werden die Europäische Sicherheitskooperation verstärken.

752

753 Wir werden den Zivil- und Katastrophenschutz sachgemäß und den heutigen Anforderungen entsprechend strukturieren und ausstatten.
754

755

756

II. Recht

757 Eine moderne Gesellschaft braucht modernes Recht in den Bereichen:

758

- Opferschutz

759

- Folgen der Digitalisierung (z. B. Personengesellschaftsrecht, Europa-GmbH, haftungsrechtliche Fragen)

760

- Urheberrecht

761

- Familienrecht/Abstammungsrecht

762

- Betreuungsrecht/Selbstbestimmung

763

- Gleichberechtigung/Vielfalt

764

- Strafprozessordnung (z. B. DNA-Analysen)

765

766

767

III. Prävention

768 Zur Bekämpfung und Vorbeugung von Kriminalität aller Art ist Prävention genauso wichtig wie eine konsequente Antwort des Rechtsstaates. Dabei wollen wir die Erkenntnisse aus kriminologischen Fakten und wissenschaftlichen Studien berücksichtigen. Beispielhaft werden wir die Programme für den Einbruchschutz (KfW-Programm) verstetigen und ausbauen.

772

773

774

IV. Stärkung der Zivilgesellschaft

775 Die Stärkung der freiheitlichen Demokratie muss allen am Herzen liegen! Deshalb wollen wir Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie und der Zivilgesellschaft umsetzen:

777

- Nachhaltige Absicherung von qualitativ guten Programmen zur Demokratieförderung und Extremismusprävention

778

- Stärkung politischer und kultureller Bildung (beispielhaft unterstützen wir das „Forum Recht“)

779

- Bessere Förderung von bürgerschaftlichem und ehrenamtlichem Engagement, dazu wollen wir bestehende Regelungen entbürokratisieren

781

- Gemeinnützigkeitsrecht verbessern

782

- Bundesfreiwilligendienst ausbauen

783

- Programme gegen Rechtsextremismus ausbauen

784

- Programme gegen Linksextremismus ausbauen

785

- Programme gegen Antisemitismus ausbauen

786

- Programme gegen Islamismus und Salafismus ausbauen

787

788 Der Gewalt gegen Polizeibeamte, Rettungskräfte und anderen Repräsentanten des Staates muss auf allen Ebenen konsequent entgegengewirkt werden.
789

790

791

792

V. Volksinitiative, Volksbefragung, Volksentscheid

793 Wir werden eine Expertenkommission einsetzen, die Vorschläge erarbeiten soll, ob und in welcher Form unsere bewährte parlamentarisch-repräsentative Demokratie durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie ergänzt werden kann. Zudem sollen Vorschläge zur Stärkung demokratischer Prozesse erarbeitet werden.
794
795
796
797

798
799
800
801
802
803
804
805
806
807
808
809
810
811
812
813
814
815

816
817
818
819
820
821
822
823
824
825
826
827
828
829
830
831
832
833
834
835
836
837
838
839
840
841
842
843
844
845

VI. Verbraucherschutz

Wir wollen den Verbraucherschutz auch in der digitalen Welt sicherstellen. Gleiches Recht für alle muss durch Netzneutralität und diskriminierungsfreien Netzzugang gewährleistet werden.

Durch die Einführung einer Musterfeststellungsklage werden wir die Rechtsdurchsetzung für den Verbraucher verbessern.

VII. Sport

Wir wissen um die überragende Bedeutung des Sports gerade für die Integration, Inklusion und den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Neben der wichtigen Aufgabe des Breitensports werden wir die beschlossene Reform der Förderung des Leistungssports mit allen Beteiligten umsetzen und dafür deutlich mehr Mittel bereitstellen.

Migration und Integration

I. Zuwanderung:

Grundrecht auf Asyl nicht antasten: Wir bekennen uns strikt zum Recht auf Asyl und zum Grundwertekatalog im Grundgesetz, zur Genfer Flüchtlingskonvention, zu den aus dem Recht der EU resultierenden Verpflichtungen zur Bearbeitung jedes Asylanspruchs sowie zur UN-Kinderrechtskonvention.

Wir sind stolz auf die Integrationsleistung unseres Landes, insbesondere auf das vielfältige ehrenamtliche Engagement in den Städten und Gemeinden. Wir sind uns darüber einig, dass die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft nicht überfordert werden darf. Integrationsfähigkeit bemisst sich dabei nicht nur daran, wie die Aufnahme und Integration zugewanderter Menschen in die Gesellschaft gelingt, vielmehr beinhaltet sie auch unseren Anspruch, die Lebensbedingungen der hier lebenden Menschen gerade angesichts der zu bewältigenden Zuwanderung zu berücksichtigen (Versorgung mit Kita-Plätzen, Schulen, Wohnungen etc.).

Deswegen setzen wir unsere Anstrengungen fort, die Migrationsbewegungen nach Deutschland und Europa angemessen mit Blick auf die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft zu steuern und zu begrenzen, damit sich eine Situation wie 2015 nicht wiederholt.

Bezogen auf die durchschnittlichen Zuwanderungszahlen, die Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre sowie mit Blick auf die vereinbarten Maßnahmen und den unmittelbar steuerbaren Teil der Zuwanderung – das Grundrecht auf Asyl und die GFK bleiben unangetastet – stellen wir fest, dass die Zuwanderungszahlen (inklusive Kriegsflüchtlinge, vorübergehend Schutzberechtigte, Familiennachzügler, Relocation, Resettlement, abzüglich Rückführungen und freiwilligen Ausreisen künftiger Flüchtlinge und ohne Erwerbsmigration) die Spanne von jährlich 180 000 bis 220 000 nicht übersteigen werden. Dem dient auch das nachfolgende Maßnahmenpaket.

846 Es soll eine Fachkommission der Bundesregierung eingesetzt werden, die sich mit
847 den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit befasst und einen entsprechen-
848 den Bericht dem Deutschen Bundestag zuleitet.

849
850 Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Flüchtlinge.

- 851
- 852 ○ Entwicklungszusammenarbeit verbessern
- 853 ○ Ausbau humanitären Engagements
- 854 ○ Engagement für Friedenssicherung ausweiten (u.a. Stärkung internatio-
855 naler Polizeiemissionen)
- 856 ○ Faire Handels- und Landwirtschaftspolitik (faire Handelsabkommen)
- 857 ○ Verstärkter Klimaschutz
- 858 ○ Restriktive Rüstungsexportpolitik
- 859

860 Wir werden eine Kommission Fluchtursachen im Deutschen Bundestag einrichten.

861
862 Wir treten ein für ein gemeinsames europäisches Asylsystem einschließlich eines fai-
863 ren Verteilmechanismus für Schutzbedürftige.

864
865 Wir unterstützen eine Politik der EU, die verhindern soll, dass kriminelle Schlepper
866 und Schleuser entscheiden, wer nach Europa kommt. Wir wollen die Zusammenar-
867 beit mit UNHCR, IOM, Herkunfts- und Transitstaaten weiter ausbauen. Zur Sicherung
868 der Freizügigkeit innerhalb Europas gehört ein wirksamer Schutz der europäischen
869 Außengrenzen. Dazu wollen wir Frontex zu einer echten Grenzschutzpolizei weiter-
870 entwickeln. Bis der Schutz der EU-Außengrenzen effektiv funktioniert, sind Binnen-
871 grenzkontrollen vertretbar.

872
873 Wir unterstützen europäische Beschlüsse zur Verteilung von Flüchtlingen (Reloca-
874 tion) und leisten einen angemessenen Beitrag zu Aufnahmekontingenten humanitär
875 Schutzbedürftiger (Resettlement). Die Größenordnung dieses aus humanitären Moti-
876 ven erfolgenden legalen Zugangs muss jedoch von der Größenordnung des Zugangs
877 humanitär Schutzsuchender insgesamt abhängen.

878
879 Das Gesetz zur Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzbedürftige
880 läuft aus. Anstelle des bisherigen Gesetzes mit einem generellen Familiennachzug
881 für subsidiär Geschützte tritt eine Neuregelung, mit der ein geordneter und gestaffel-
882 ter Familiennachzug nur aus humanitären Gründen wie folgt geregelt wird:

- 883
- 884 1. Im Rahmen der Gesamtzahl ermöglichen wir 1000 Menschen pro Monat den
885 Nachzug nach Deutschland. Im Gegenzug laufen die EU-bedingten 1000 frei-
886 willigen Aufnahmen pro Monat von Migranten aus Griechenland und Italien
887 aus.
- 888
- 889 2. Dieser Familiennachzug wird nur gewährt,
890
 - 891 • wenn es sich um Ehen handelt, die vor der Flucht geschlossen worden sind,
 - 892 • keine schwerwiegende Straftaten begangen wurden,
 - 893 • es sich nicht um Gefährder handelt,
 - 894 • eine Ausreise kurzfristig nicht zu erwarten ist.
- 895

- 896 3. Mit der gesetzlichen Neuregelung wollen wir Anreize ausschließen, die
897 dadurch entstehen, dass Minderjährige von ihren Eltern unter Gefährdung des
898 Kindeswohls zukünftig auf die gefährliche Reise vorgeschickt werden.
899
- 900 4. In den Deutschen Bundestag wird im Januar ein Gesetz eingebracht, das den
901 Status quo (Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Geschützte) so
902 lange verlängert bis die oben stehende Neuregelung in Kraft gesetzt ist. Mit
903 dieser Abrede ist untrennbar verbunden die unverzügliche Erarbeitung und
904 Verabschiedung der oben genannten gesetzlichen Regelung, bis zum
905 31.07.2018.

906 **II. Erwerbsmigration:**

907 Der Teil der Migration, den wir steuern können, muss sich primär an den volkswirt-
908 schaftlichen Interessen unseres Landes orientieren. Wir wollen ein modernes, in sich
909 konsistentes Migrationsrecht schaffen. Dabei streben wir an, alle Migrationsfragen
910 analog zur Systematik des Sozialgesetzbuchs grundlegend und einheitlich zu kodifi-
911 zieren. Als ersten Teil dieses Gesetzbuches regeln wir die Fachkräfteeinwanderung.
912 Wir wollen damit den Zuzug qualifizierter Fachkräfte nach Deutschland attraktiver
913 machen sowie ordnen und steuern. In diesen Kontext gehört auch eine Verbesse-
914 rung und Vereinfachung für den Aufenthalt langjährig Geduldeter, die die Integrati-
915 onsanforderungen im Sinne von § 25 a und b des Aufenthaltsgesetzes erfüllen. Die
916 Förderung nach der 3plus2-Regelung für Auszubildende wollen wir bundesweit ein-
917 einheitlich anwenden. Bei alledem wollen wir zusätzliche Belastungen für die sozialen
918 Sicherungssysteme vermeiden.
919

920 **III. Gelingende Integration**

921 Bestehende Programme zur Entlastung von Ländern und Kommunen werden wir
922 fortführen. Wir prüfen zusätzliche finanzielle Anreize bei freiwilligem Engagement von
923 Kommunen für erfolgreiche Integrationsarbeit.
924

925 Wir bekennen uns zur Integration für diejenigen mit dauerhafter Bleibeperspektive.
926 Dazu gehören Sprache und Arbeit. Die Zuständigkeiten wollen wir in diesem Bereich
927 effizienter gestalten. Gleichzeitig sollen insbesondere diejenigen, bei denen die Aus-
928 reise kurzfristig nicht zu erwarten ist, Angebote nach dem Grundsatz des Förderns
929 und Forderns für Spracherwerb und Beschäftigung bekommen. Eine Verfestigung
930 von Aufenthaltsrechten wollen wir dabei vermeiden.
931

932 **IV. Effizientere Verfahren:**

933 Damit die Asylverfahren schnell, umfassend und rechtssicher bearbeitet werden kön-
934 nen, erfolgt künftig deren Bearbeitung in zentralen Aufnahme-, Entscheidungs- und
935 Rückführungseinrichtungen (ANKER), in denen BAMF, BA, Justiz, Ausländerbehör-
936 den und andere Hand in Hand arbeiten, in denen Residenzpflicht herrscht und das
937 Sachleistungsprinzip gilt. In den ANKER-Einrichtungen sollen Ankunft, Entscheidung,
938 kommunale Verteilung bzw. Rückführung stattfinden.
939

940 Die Bundesrepublik Deutschland hat das Recht zu wissen, wer in unserem Land le-
941 ben will; dazu bestehen besondere Mitwirkungspflichten durch die Ankommenden.
942 Das betrifft zuallererst die umfassende Identitätsfeststellung: Name, Herkunft, Alter,
943

947 Fingerabdruck. Dies findet in den AnKER-Einrichtungen statt. Dies gilt auch für unbe-
948 gleitete Minderjährige, bevor deren Inobhutnahme durch die Jugendämter erfolgt. Wir
949 streben an, nur diejenigen auf die Kommunen zu verteilen, bei denen eine positive
950 Bleibeprognose besteht. Alle anderen sollen, wenn in angemessener Zeit möglich,
951 aus diesen Einrichtungen in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.

952
953 Vollziehbar Ausreisepflichtige müssen unser Land verlassen. Freiwillige Rückkehr
954 und konsequente Abschiebung sind dabei von wesentlicher Bedeutung. Die freiwil-
955 lige Rückkehr hat Vorrang. Bestehende Hindernisse (z.B. Identitätsfeststellung, Auf-
956 nahmewillen der Herkunftsländer, Passersatzbeschaffung, Arbeit der Potsdamer
957 Clearingstelle, ZUR) wollen wir weiter verringern. Wir starten eine Qualitätsoffensive
958 für die Arbeit des BAMF.

959
960 Zum Zwecke der Verfahrensbeschleunigung werden Algerien, Marokko und Tunesien
961 sowie weitere Staaten mit einer regelmäßigen Anerkennungsquote unter 5 Prozent zu
962 sicheren Herkunftsstaaten bestimmt. Der Individualanspruch auf Einzelfallprüfung
963 bleibt unberührt. Gleichzeitig wird durch eine spezielle Rechtsberatung für besondere
964 vulnerable Fluchtgruppen deren besondere Schutzwürdigkeit berücksichtigt.

965 **Wohnungsbau, Mieten, Kommunen und ländlicher Raum**

966
967
968 Unser Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse im urbanen und ländlichen Raum, in
969 Ost und West.

970 971 **I. Wohnraumoffensive**

972 Unser Ziel ist es, dass 1,5 Millionen Wohnungen frei finanziert und öffentlich gefördert
973 gebaut werden. Hierzu sind Maßnahmen im Bereich der Baulandmobilisierung, finan-
974 zielle Anreize und Maßnahmen zur Eigentumsbildung erforderlich.

- 975 • Wir werden die Gewinnung von Wohnbauland von Landwirten durch steuerlich
976 wirksame Reinvestitionsmöglichkeiten in den Mietwohnungsbau verbessern.
- 977 • Wir werden nach einer verfassungsrechtlichen Prüfung den Kommunen durch
978 Schaffung der rechtlichen Grundlagen die Möglichkeit einräumen, die Bauland-
979 mobilisierung durch steuerliche Maßnahmen zu verbessern.
- 980 • Wir werden den Gemeinden bundeseigene Grundstücke (BlmA) für den Woh-
981 nungsbau zu vergünstigten Konditionen zur Verfügung stellen.
- 982 • Wir werden nach einer verfassungsrechtlichen Prüfung durch geeignete Rah-
983 mengesetzgebung des Bundes den Ländern die Einräumung von Grunder-
984werbsteuerfreibeträgen ermöglichen.

985
986 Finanzielle Anreize für den Wohnungsbau werden wir durch folgende Maßnahmen
987 schaffen:

- 988 • Wir werden durch zweckgebundene Zuweisungen die Beteiligung des Bundes
989 am sozialen Wohnungsbau auch für die Jahre 2020 und 2021 auf rechtssicherer
990 Grundlage garantieren.
- 991 • Wir schaffen steuerliche Anreize für den freifinanzierten Wohnungsbau.
- 992 • Wir werden Eigentumsbildung insbesondere für Familien finanziell unterstüt-
993 zen.

994

995 **II. Mieten**

996 Unser Ziel ist es, dass eine finanzielle Überforderung von Mietern durch unverhältnis-
997 mäßig steigende Mieten vermieden wird:

- 998 • Wir werden durch Schaffung gesetzlicher Grundlagen die Einführung und An-
999 wendung des „qualifizierten Mietspiegels“ verbreitern. Die Verlängerung des
1000 Bindungszeitraumes für einen qualifizierten Mietspiegel werden wir prüfen.
- 1001 • Die Mietpreisbremse wird zum Ende des vorgesehenen Geltungszeitraumes
1002 auf Wirksamkeit und insbesondere unter Berücksichtigung der Erkenntnisse
1003 aus der Rechtsprechung evaluiert.
- 1004 • Wir werden eine Anpassung des Wohngeldes an die jeweiligen allgemeinen
1005 und individuellen Lebensbedingungen vornehmen. Die Veränderung der maß-
1006 geblichen Kriterien werden wir regelmäßig prüfen.
- 1007 • Im Bereich der energetischen Gebäudesanierung werden die Anforderungen
1008 der EnEV 2016 weiterhin maßgeblich sein, damit weiterer Kostenauftrieb für die
1009 Mietpreise vermieden wird. Die anzustrebenden CO₂-Einsparungen können
1010 auch auf Quartiers- und Siedlungsebene bilanziert werden.
- 1011 • Modernisierungsumlagen sollen nicht zu unverhältnismäßigen Mieterhöhungen
1012 führen. Wir werden die Modernisierungsumlage mit Blick auf die gesunkenen
1013 Zinsen absenken und an den Zinsverlauf anpassen.

1014

1015 **III. Kommunen**

1016 Unser Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse in handlungsfähigen Kommunen im
1017 urbanen und ländlichen Raum, in Ost und West:

- 1018 • Wir werden alle bisher kommunal entlastend wirksamen Finanzprogramme fort-
1019 führen, sicherstellen und anpassen, u.a. die Städtebauförderung und Integri-
1020 onsprogramme.
- 1021 • Wir werden Strukturschwächen im ländlichen Raum, in Regionen, Städten und
1022 Kommunen in allen Bundesländern bekämpfen, um gleichwertige Lebensver-
1023 hältnisse zu schaffen, zum Beispiel durch Dezentralisierungsstrategien. Eine
1024 Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ soll hierzu konkrete Vor-
1025 schläge erarbeiten. Dabei prüfen wir auch Maßnahmen im Sinne der Hilfe zur
1026 Selbsthilfe für Kommunen zum Beispiel mit Altenschulden und hohen Kassen-
1027 krediten.
- 1028 • Wir werden ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement durch kon-
1029 krete Maßnahmen unterstützen und stärken.

1030

1031

1032 **Landwirtschaft**

1033

1034 Unser Ziel ist eine nachhaltige flächendeckende Landwirtschaft - sowohl ökologisch
1035 als auch konventionell. Dafür bedarf es einer Weiterentwicklung der Gemeinsamen
1036 Europäischen Agrarpolitik. Wir streben eine Haushaltsausstattung im bisherigen Volu-
1037 men auf EU-Ebene an. Aber die Förderstrukturen nach 2020 müssen gezielter und

1038 einfacher als bisher ausgerichtet werden. Wir wollen weniger Bürokratie und mehr Ef-
1039 fizienz für eine marktfähige Landwirtschaft, die gesunde Lebensmittel nachhaltig pro-
1040 duziert. Insofern sind besonders Tier-, Natur- und Klimaschutz sowie die Wahrung so-
1041 zialer Standards im öffentlichen Interesse auch öffentlich zu fördern. Der gesellschaft-
1042 lich geforderte Wandel in der Landwirtschaft und die veränderten Erwartungen der
1043 Verbraucher bedürfen einer finanziellen Förderung – national wie europäisch.

1044
1045 Patente auf Pflanzen und Tiere lehnen wir ab. Wir halten an der Saatgutreinheit fest.
1046 Ein Gentechnikanbau-Verbot werden wir bundesweit einheitlich regeln (Opt-Out-Richt-
1047 linie der EU).

1048
1049 Wir werden mit einer systematischen Minderungsstrategie den Einsatz von glyphosat-
1050 haltigen Pflanzenschutzmitteln deutlich einschränken mit dem Ziel, die Anwendung so
1051 schnell wie möglich grundsätzlich zu beenden. Dazu werden wir gemeinsam Alternati-
1052 ven im Rahmen einer Ackerbaustrategie entwickeln und unter anderem umwelt- und
1053 naturverträgliche Anwendungen von Pflanzenschutzmitteln regeln. Die dazu notwen-
1054 digen rechtlichen Maßnahmen werden wir in einem EU-konformen Rahmen verankern.
1055 Die Umsetzung der Ackerbaustrategie werden wir gemeinsam mit der Landwirtschaft
1056 vornehmen und adäquat mit Fördermitteln für Maßnahmen zur Umsetzung der Natio-
1057 nalen Biodiversitätsstrategie und insbesondere des Insektenschutzes untersetzen. Die
1058 an der Pflanzenschutzmittel-Zulassung beteiligten Behörden statten wir mit zusätzli-
1059 chem Personal aus, um die Zulassungsverfahren zügig durchführen zu können. Wir
1060 sorgen für eine bessere Transparenz der Zulassungsverfahren für Wirkstoffe und
1061 Pflanzenschutzmittel auf EU- und nationaler Ebene.

1062
1063 Die Erkennbarkeit von tierischen Lebensmitteln, die über die gesetzlichen Vorgaben
1064 der Haltung hinausgehen, wollen wir verlässlich, einfach und verbraucherfreundlich
1065 gestalten. Dazu brauchen wir den mehrstufigen Ausbau einer staatlichen Kennzeich-
1066 nung anhand verbindlicher Kriterien für Fleisch aus besserer Tierhaltung (Tierwohlla-
1067 bel). Der Mehraufwand muss honoriert werden. Wir werden Lücken in den Haltungs-
1068 normen im Tierschutzrecht schließen. Das Töten von Eintagsküken werden wir been-
1069 den. Wir führen eine nationale Nutztierhaltungsstrategie ein, die den Tier- und Umwelt-
1070 schutz genauso beachtet wie die Qualität bei der Produktion und Marktorientierung.

1071
1072 Unser Ziel ist, den Flächenverbrauch bis zum Jahr 2030 auf maximal 30 ha/Tag zu
1073 halbieren. Wir prüfen, mit welchen zusätzlichen planungsrechtlichen und ökonomi-
1074 schen Instrumenten das Ziel erreicht werden kann.

1075
1076

1077 **Klimaschutz, Energie und Umwelt**

1078

1079 **I. Klimaschutz**

1080 Wir bekennen uns zu den Klimazielen 2020, 2030 und 2050. Die Handlungslücke zur
1081 Erreichung des Klimaziels 2020 wollen wir so schnell wie möglich schließen. Das Min-
1082 derungsziel 2030 wollen wir auf jeden Fall erreichen. Dies soll unter Beachtung des
1083 Zieldreiecks Versorgungssicherheit, Sauberkeit und Wirtschaftlichkeit sowie ohne
1084 Strukturbrüche realisiert werden.

1085

1086 Wir werden eine Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ unter
1087 Einbeziehung der unterschiedlichen Akteure aus Politik, Wirtschaft, Umweltverbän-
1088 den, Gewerkschaften sowie betroffenen Ländern und Regionen einsetzen, die bis
1089 Ende 2018 ein Aktionsprogramm mit folgenden Elementen erarbeiten soll:

- 1090 • Maßnahmen, um die Lücke zur Erreichung des 40 %-Reduktionsziels bis 2020
- 1091 so weit wie möglich zu reduzieren,
- 1092 • Maßnahmen, die das 2030-Ziel für den Energiesektor zuverlässig erreichen,
- 1093 einschließlich einer umfassenden Folgenabschätzung,
- 1094 • einen Plan zur schrittweisen Reduzierung und Beendigung der Kohleverstro-
- 1095 mung einschließlich eines Abschlussdatums und der notwendigen rechtlichen,
- 1096 wirtschaftlichen, sozialen und strukturpolitischen Begleitmaßnahmen und
- 1097 • die finanzielle Absicherung für den notwendigen Strukturwandel in den betroffe-
- 1098 nen Regionen und einen Fonds für Strukturwandel aus Mitteln des Bundes.

1099 Ein paralleles Vorgehen soll für den Bau- und Verkehrssektor erfolgen. Auf dieser
1100 Grundlage wollen wir ein Gesetz verabschieden, dass die Einhaltung der Klimaschutz-
1101 ziele 2030 gewährleistet. Wir werden 2019 eine rechtlich verbindliche Umsetzung ver-
1102 abschieden.

1103

1104 II. Energiewende

1105 Eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik ist ein weiterer zielstrebiger,
1106 effizienter, netzsynchroner und zunehmend marktorientierter Ausbau der Erneuer-
1107 baren Energien. Unter diesen Voraussetzungen streben wir einen Anteil von etwa
1108 65 % Erneuerbarer Energien bis 2030 an. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien
1109 muss deutlich erhöht werden, auch um den zusätzlichen Strombedarf zur Erreichung
1110 der Klimaszutzziele im Verkehr, in Gebäuden und in der Industrie zu decken.

1111

1112 Vorgesehen ist eine Sonderausschreibung, mit der acht bis zehn Mio. t CO₂ zum Kli-
1113 maschutzziel 2020 beitragen sollen. Hier sollen je vier Gigawatt Onshore-Windenergie
1114 und Photovoltaik sowie ein Offshore-Windenergiebeitrag zugebaut werden, je zur
1115 Hälfte wirksam in 2019 und 2020. Voraussetzung ist die Aufnahmefähigkeit der ent-
1116 sprechenden Netze.

1117 Wir wollen

- 1118 • weitere Anstrengungen zum Ausbau und zur Modernisierung der Energienetze
- 1119 (Netzausbaubeschleunigungsgesetz).
- 1120 • die Sektorenkoppelung in Verbindung mit Speichertechnologien voranbringen.
- 1121 • die Kraft-Wärme-Kopplung weiterentwickeln und umfassend modernisieren.

1122

1123 III. Umwelt

1124

1125 Wir wollen für unsere Kinder und Enkelkinder eine intakte Natur bewahren. Dazu wer-
1126 den wir folgende Maßnahmen umsetzen:

- 1127 • Programm „Nationales Naturerbe“ fortsetzen
- 1128 • Programm zum vorbeugenden Hochwasserschutz ausbauen
- 1129 • Endlagersuche zielstrebig fortsetzen
- 1130 • Erhalt der Biodiversität und den Artenschutz als Querschnittsaufgabe verankern
- 1131 und entsprechende Bundesprogramme weiter stärken
- 1132 • „Aktionsprogramm Insektenschutz“
- 1133 • die Potenziale der Landwirtschaft für Klimaschutz und Biodiversität nutzen
- 1134 • die Vermüllung der Weltmeere eindämmen; Müllvermeidung und Recycling
- 1135 stärken

- 1136 • durch multi- und bilaterale Entwicklungszusammenarbeit den Aus- und Aufbau
1137 von Kreislaufwirtschaftssystemen unterstützen.
1138

1139 **Außen, Entwicklung und Bundeswehr**

1140 Deutsche Außenpolitik ist dem Frieden verpflichtet. Wir setzen uns für eine dauerhaft
1141 friedliche, stabile und gerechte Ordnung in der Welt ein. Gemeinsam mit unseren Part-
1142 nern verfolgen wir einen umfassenden und vernetzten Ansatz. Dabei setzen wir auf
1143 Diplomatie, Dialog und Kooperation sowie Entwicklungszusammenarbeit. Im Rahmen
1144 dieses vernetzten Ansatzes bleibt die Bundeswehr ein unverzichtbarer Bestandteil
1145 deutscher Sicherheitspolitik.
1146
1147

1148 **I. Bundeswehr**

1149 Wir betonen den Charakter der Bundeswehr als Parlamentsarmee. Damit sie die ihr
1150 erteilten Aufträge in allen Dimensionen sachgerecht erfüllen kann, werden wir den Sol-
1151 datinnen und Soldaten die bestmögliche Ausrüstung, Ausbildung und Betreuung zur
1152 Verfügung stellen. Wir werden auch unsere Ausgaben in den Bereichen Entwick-
1153 lungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und zivile Krisenprävention deutlich erhöhen. Die
1154 Erreichung der ODA-Quote von 0,7 Prozent ist unser Ziel.
1155

1156 Die Bundeswehrmission im Nordirak war erfolgreich, der IS ist dort weitgehend militä-
1157 risch zurückgedrängt. Deshalb können wir das Ausbildungsmandat im Nordirak aus-
1158 laufen lassen und beenden. Die Obergrenze des Anti-IS-Mandats zur Unterstützung
1159 und Entlastung unserer Verbündeten, insbesondere Frankreichs, kann deutlich abge-
1160 senkt werden. In einem weiteren Schritt wollen wir dieses Mandat zur umfassenden
1161 Stabilisierung und zur nachhaltigen Bekämpfung des IS-Terrors insbesondere durch
1162 capacity building weiterentwickeln.
1163

1164 Unsere Beteiligung am RSM-Mandat in Afghanistan wollen wir bei unverändertem Auf-
1165 trag fortsetzen. Im Rahmen des multilateral vereinbarten Schutzkonzepts für Nordaf-
1166 ghanistan werden wir die Zahl der eingesetzten Soldatinnen und Soldaten zum Schutz
1167 der Ausbilder erhöhen.
1168

1169 Die UN-mandatierte Mission MINUSMA in Mali wird fortgesetzt. Zur Übernahme der
1170 Feldlagerverantwortung von den Niederländern werden wir die Obergrenze im gerin-
1171 gen Umfang heraufsetzen.
1172

1173 Völkerrechtswidrige Tötungen durch autonome Waffensysteme lehnen wir ab und wol-
1174 len sie weltweit ächten. Wir werden im Rahmen der europäischen Verteidigungsunion
1175 die Entwicklung der Euro-Drohne weiterführen.
1176

1177 **II. Fluchtursachenbekämpfung**

1178 Die Schere zwischen arm und reich weltweit darf nicht weiter auseinanderlaufen. Glo-
1179 balisierung muss gerecht gestaltet werden. Fluchtursachen bekämpfen heißt insbe-
1180 sondere, sich für die unteilbaren und universellen Menschenrechte einzusetzen, faire
1181 und nachhaltige Handelsstrukturen zu etablieren, eine Welt ohne Hunger und Terror
1182 zu schaffen, nachhaltig in Ausbildung, Beschäftigung, Gleichberechtigung, Sicherheit
1183 und Frieden in Entwicklungs- und Krisenländern zu investieren und den Aufbau von
1184 demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen zu unterstützen.
1185
1186

1187 **III. Türkei**

1188 Die Türkei ist für uns ein wichtiger Partner und Nachbar, zu dem wir vielfältige Bezie-
1189 hungen haben. Die Lage der Demokratie, von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrech-
1190 ten hat sich verschlechtert. Deshalb wollen wir bei den Beitrittsverhandlungen keine
1191 Kapitel schließen und keine neuen öffnen. Solange die Türkei die notwendigen Ver-
1192 pflichtungen nicht erfüllt, kann es keine Visa-Liberalisierung oder eine Erweiterung der
1193 Zollunion geben.

1194

1195 **IV. Rüstungsexporte**

1196 Wir schränken die Rüstungsexporte weiter ein, schärfen die Rüstungssexportrichtli-
1197 nien aus dem Jahr 2000 und reagieren damit auf die veränderten Gegebenheiten. Er-
1198 gänzend zu den Kleinwaffen-Grundsätzen vom Mai 2015 streben wir weitere Restrik-
1199 tionen an. Auf dieser Basis streben wir eine gemeinsame europäische Rüstungsex-
1200 portpolitik an und wollen den gemeinsamen Standpunkt der EU fortentwickeln. Die
1201 Bundesregierung wird ab sofort keine Ausfuhren an Länder genehmigen, solange
1202 diese am Jemen-Krieg beteiligt sind.

1203

1204

1205 **Kunst, Kultur und Medien**

1206

1207 Kunst und Kultur sind Ausdruck des menschlichen Daseins. In ihrer Freiheit und Viel-
1208 falt bereichern sie unser Leben, prägen unsere kulturelle Identität und schaffen Frei-
1209 räume für kritischen Diskurs. Mit einer fortschrittlichen Kulturpolitik nach Innen und Au-
1210 ßen fördern wir Dialog, Austausch, Verständigung und Kooperation und stärken den
1211 Zusammenhalt in einer offenen und demokratischen Gesellschaft.

1212 Indem wir Kultur und (kulturelle) Bildung für alle zugänglich machen, im urbanen und
1213 ländlichen Gebiet, unabhängig von Einkommen und Herkunft, ermöglichen wir echte
1214 Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben. Deshalb wollen wir einen besseren Zu-
1215 gang zu kulturellen Einrichtungen und Inhalten im analogen wie im digitalen Raum und
1216 gemeinsam mit Ländern und Kommunen dafür sorgen, dass die kulturelle Infrastruktur
1217 und das kulturelle Erbe erhalten, gestärkt und modernisiert werden.

1218 Mit einer „Agenda für Kultur und Zukunft“ entwickeln wir die Kulturförderung des Bun-
1219 des angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen wie Integration, Inklusion, De-
1220 mografie, Digitalisierung, Gleichstellung, Populismus, Zukunft von Arbeit und Kommu-
1221 nikation weiter:

1222 • Die auf ganz Deutschland gerichteten Programme zur Förderung von Investiti-
1223 onen, zur zeitgenössischen Kunst- und Kulturproduktion, zur kulturellen Infra-
1224 struktur und insbesondere zur freien Kultur sollen mit dem Ziel einer größeren
1225 Verteilungsgerechtigkeit gestärkt sowie für Kultur- und Bildungseinrichtungen
1226 auf den Weg ins digitale 21. Jahrhundert geöffnet werden;

1227 • ein gesamtstaatliches Bündnis für kulturelle Bildung und Vermittlung sowie Me-
1228 dienkompetenz, um den Zugang zu Kunst, Kultur, Bildung und Medien zu stär-
1229 ken;

1230 • eine Stärkung der Kultur- und Bildungspolitik und der Ausbau unserer kulturel-
1231 len Infrastruktur im In- und Ausland, um die Werte unseres Landes im globalen
1232 Wettbewerb der Narrative auch im digitalen Raum erfolgreich zu vertreten;

1233 • eine Stärkung des Beitrags von Kultur und Bildung für ein gemeinsames Eu-
1234 ropa;

1235 • eine Initiative für die Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Presse und Meinung,
1236 auch im Hinblick auf Exilerfahrungen;

- 1237
1238
1239
1240
- eine Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft und die Erweiterung der Innovations- und Außenwirtschaftsförderung sowie die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für künstlerisches und kreatives Schaffen im Urheberrecht.

1241
1242 Weil es diejenigen braucht, die Kunst und Kultur schaffen, erarbeiten wir weitere Lösungen für die besondere soziale Schutzbedürftigkeit von Künstlern und Kreativen.
1243
1244

1245 Ohne Erinnerung keine Zukunft! Zum demokratischen Grundkonsens in Deutschland gehört die Aufarbeitung der NS-Geschichte und der SED-Diktatur, der deutschen Kolonialgeschichte, aber auch positive Momente unserer Demokratieggeschichte.
1246
1247
1248

1249 Demokratie braucht eine informierte und vielfältige Öffentlichkeit. Presse- und Medienfreiheit, Medienvielfalt und -qualität sind für uns grundlegende Werte, die wir insbesondere im digitalen Zeitalter stärken müssen. Bei der Vermittlung von Meinungs- und Pressefreiheit ist die Deutsche Welle ein unverzichtbarer Akteur, den wir weiter stärken.
1250
1251
1252
1253

1254
1255

1256 **Arbeitsweise**

1257
1258 Wir wollen das Vertrauen in die Demokratie und in unsere staatlichen Institutionen stärken. Im Fall einer Koalitionsbildung werden wir durch unsere Arbeitsweise in der Regierung und zwischen den Fraktionen deutlich machen, dass wir uns als Bündnis der Demokratie für die Menschen in unserem Land verstehen. Der Deutsche Bundestag muss der zentrale Ort der gesellschaftlichen und politischen Debatte in Deutschland sein. Wir stärken die Entscheidungsfindung in Bundestag und Bundesrat.
1259
1260
1261
1262
1263
1264

1265 Die Fraktionen werden zweimal im Jahr zu internationalen und nationalen gesellschaftlichen Themen im Plenum Orientierungsdebatten führen. Wir wollen, dass die Bundeskanzlerin dreimal jährlich im Deutschen Bundestag befragt werden kann und die Regierungsbefragung neu strukturiert wird. Diese Vorschläge werden wir mit den anderen Fraktionen im Deutschen Bundestag besprechen.
1266
1267
1268
1269

1270
1271 Die Tagesordnung der Kabinettsitzungen soll den Fraktionen vorab mitgeteilt werden. Im Bundestag und in allen von ihm beschickten Gremien stimmen die Koalitionsfraktionen einheitlich ab. Das gilt auch für Fragen, die nicht Gegenstand der vereinbarten Politik sind. Wechselnde Mehrheiten sind ausgeschlossen.
1272
1273
1274
1275

1276 Zur Mitte der Legislaturperiode wird eine Bestandsaufnahme des Koalitionsvertrages erfolgen, inwieweit dessen Bestimmungen umgesetzt wurden oder aufgrund aktueller Entwicklungen neue Vorhaben vereinbart werden müssen.
1277
1278